

titution in Deutschland und im System der Europäischen Zentralbanken (ESZB) zu schärfen. Hierzu verabschiedete der Vorstand konkrete Orientierungsmarken und Vorgaben für die fünf Kerngeschäftsfelder der Bank sowie die erforderlichen Rahmenbedingungen. Detaillierte Maßnahmen zu den Strategie-Eckpunkten sollen jetzt die Fachbereiche entwerfen.

Bis Ende 2007 will die Bundesbank eine Strukturreform umgesetzt haben, die „von Umfang, Tempo und Tiefe her ohne Beispiel im öffentlichen Sektor ist“. Im nächsten Strategiezyklus 2008 bis 2012 richtet die Bundesbank die Geschäftspolitik gemäß ihrem Auftrag „Stabilität sichern“ darauf aus, in allen fünf Kerngeschäftsfeldern operative und analytische Tätigkeiten zu fokussieren, zu vernetzen und gezielt auszubauen. Auf diese Weise will sie mit ihrer Expertise das ESZB künftig wirkungsvoller unterstützen und damit zur Stabilität des Euro und des Finanzsystems beitragen.

Die Kerngeschäftsfelder der Bank sind die Geldpolitik, das Finanz- und Währungssystem, die Bankenaufsicht sowie das Bargeld und der unbare Zahlungsverkehr. Zu diesen Geschäftsfeldern wurden unter anderem folgende Eckpunkte festgelegt: Im baren Zahlungsverkehr will die Bank das im Eurosystem vereinbarte Regelwerk (Framework) vorantreiben und damit eine zunehmende private Banknotenbearbeitung ermöglichen.

Um ihren gesetzlichen Auftrag, die Qualität und Sicherheit der Banknotenversorgung sowie eine hinreichende Krisenvorsorge erfüllen zu können, will die Bundesbank weiterhin angemessen an Bearbeitung und Bereitstellung von Bargeld beteiligt bleiben. Als angemessene Plangröße in diesem Sinne erachtet der Vorstand der Bundesbank einen Marktanteil von rund 50 Prozent am Recyclingvolumen, was derzeit einem Volumen von zirka zehn Milliarden zu bearbeitenden Banknoten in der Bank entspricht. Zurzeit beträgt der Marktanteil schätzungsweise 75 Prozent (15 Milliarden Banknoten). Recycling ist die Bearbeitung von Banknoten – sprich die Prüfung ihrer Echtheit und Umlauffähigkeit – durch die Notenbank, die Kreditinstitute und andere professionelle Bargeldakteure.

Ob der geplante Marktanteil erreicht wird, so wird betont, hängt nicht allein von Fak-

toren ab, die die Bank selbst bestimmen kann. Bei einer Banknotenbearbeitung von 50 Prozent des Recyclingvolumens sowie durch die bestehende Altersstruktur kann das Stammpersonal bis 2012 auf gut 9 500 sinken, was etwa 9 000 Vollzeitstellen entspricht. Betriebsbedingte Kündigungen sind nach wie vor nicht vorgesehen. Weitere Filialen sollen nach dem Beschluss des Vorstands nicht vor 2010 geschlossen werden.

Zunächst will die Bank die Folgen der Schließung der bisherigen 56 Standorte und der noch anstehenden 14 Filialen sowie neun Betriebsstellen bewältigen. Im Jahre 2009 soll dann das Filialnetz anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien wie Auslastung und Kundenstruktur evaluiert werden. Auf dieser Basis soll danach, also in den Jahren 2010 bis 2012, das Filialnetz bedarfsgerecht konsolidiert werden.

Als Hauptziel im unbaren Zahlungsverkehr sieht die Bank ihre Rolle als Katalysator und Innovationstreiber im europäischen Integrationsprozess zu festigen. Dazu gehört das Projekt zur Verwirklichung eines europäischen Zahlungsverkehrsraums (Sepa). Angestrebt wird bei Bereitstellung und Transfer von Liquidität eine operativ und strategisch führende Position im Zusammenwirken mit den Partnern des Eurosystems, und zwar insbesondere durch den gemeinsamen Betrieb der Gemeinschaftsplattform Target-2.

In der Bankenaufsicht ist unter anderem vorgesehen, die Prüfungstätigkeit und die laufende Überwachung gemäß den neuen Basel-II-Standards miteinander zu verzahnen, die Tätigkeiten in der operativen Aufsicht und der Regulierung schärfer von denen der BaFin abzugrenzen sowie die Analyseinstrumente etwa im Bereich Rating und Stress Testing auszubauen.

Für das Kerngeschäftsfeld Finanzsystemstabilität gibt der Vorstand unter anderem vor, die Forschung zu intensivieren. Dadurch sollen die Präsenz im internationalen wissenschaftlichen Diskurs verstärkt sowie die Beiträge der Bank in nationalen, internationalen und supranationalen Gremien qualitativ gesteigert werden. Die zentralbankorientierte, volkswirtschaftliche Forschung mit dem Schwerpunkt Geldpolitik soll nach den Vorgaben des Vorstands intensiviert werden. Ziel ist es, klare Akzente in der wissenschaftlichen Diskussion über geld- und wirtschaftspolitische

Bundesbankstrategie bis 2012

Der Vorstand der Bundesbank hat Anfang Dezember die geschäftspolitische Gesamtstrategie für die Zeit ab 2008 beschlossen. Ziel ist es, im Anschluss an die umfassende Strukturreform, die im Jahre 2002 begonnen wurde und Ende 2007 plangemäß abgeschlossen sein soll, das Profil der Bank als stabilitätsorientierte unabhängige Ins-



Fragen zu setzen. Dabei soll die Bank die strategische Forschung der realwirtschaftlichen und monetären Analyse sowie deren Interaktion in der Geldpolitik stärken und in das ESZB einbringen. Angesichts ihrer führenden Rolle bei der Umsetzung der europäischen Geldpolitik hat sich die Bank überdies zum Ziel gesetzt, auch operative Gemeinschaftsaufgaben im ESZB verstärkt zu übernehmen.

Um Qualität, Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Bank zu verbessern, hält der Vorstand auch eine Straffung der Aufbauorganisation in der Zentrale bis 2012 für notwendig, die derzeit aus 14 Zentralbereichen besteht. Angesichts der zu erwartenden Verkleinerung des Vorstands wird die Möglichkeit gesehen, Zahl und Struktur der Zentralbereiche zu überprüfen und dadurch die Fokussierung der Aktivitäten zu unterstützen. Ferner sollen Effizienzgewinne durch eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit der Hauptverwaltungen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen erreicht werden.

Zu den wichtigen Rahmenbedingungen, die es nach Auffassung des Vorstands zu sichern gilt, gehört die Erhaltung der Attraktivität der Bundesbank als Arbeitgeber und die Sicherstellung von Beschäftigungsbedingungen, die Leistungsorientierung, Eigeninitiative und Eigenverantwortung fördern. Insbesondere für eine Bank im Wandel wird es als besonders wichtig bezeichnet, dass die Bank intensiv qualifiziertes Personal gewinnt, dieses ausbildet, entwickelt und motiviert.

Financial Stability Review

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Mitte Dezember 2006 ihren Finanzstabilitätsbericht (Financial Stability Review) Dezember 2006 veröffentlicht. Der Bericht erscheint seit Dezember 2004 halbjährlich und enthält eine Beurteilung der Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet. Dabei wird zum einen auf die Rolle des Finanzsystems bei der Erleichterung wirtschaftlicher Prozesse eingegangen und zum anderen auf die Frage, inwieweit das System Störungen auffangen und verhindern kann, dass daraus übermäßig negative Folgen erwachsen.

Die im Finanzstabilitätsbericht enthaltene Analyse wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Bankenaufsicht (Banking Supervision Committee), einem Forum der Zusammenarbeit zwischen der EZB und den nationalen Zentralbanken sowie den Aufsichtsbehörden in der EU, erstellt. Ziel des Berichts ist es, das Bewusstsein der Finanzwelt und der Öffentlichkeit für Themen zu schärfen, die zur Wahrung der Finanzstabilität im Euroraum von Bedeutung sind. Der Bericht bietet einen Überblick über die Risikoquellen und die möglichen Schwachstellen in Bezug auf die Finanzstabilität und soll damit einen Beitrag zur Vorbeugung gegen Finanzkrisen leisten.

Wie bereits in der Vergangenheit betont, wird nicht beabsichtigt, das wahrscheinlichste Szenario aufzuzeigen. Vielmehr geht es aus Sicht der EZB um eine Betrachtung aller potenziellen und plausiblen Risiken für die Finanzstabilität. Die wichtigsten Ergebnisse der in dem Bericht enthaltenen Gesamtbeurteilung der Finanzmarktstabilität im Euroraum werden von der EZB wie folgt zusammengefasst: Das Finanzsystem im Eurogebiet hat sich in den sechs Monaten bis zum 3. November 2006, dem Redaktionsschluss des Berichts, erneut als robust und widerstandsfähig erwiesen. Störungen wurden gut verkraftet. Zwar war in den Monaten Mai und Juni 2006 an vielen Finanzmärkten eine starke Volatilität zu verzeichnen, doch konnten die Märkte die Störungen problemlos abfedern, so dass kein größeres Finanzinstitut ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Die zuvor gehegte Besorgnis, dass der Zusammenbruch eines großen Hedgefonds eine negative Kettenreaktion bei den Vermögenspreisen nach sich ziehen könnte, wurde laut EZB dadurch abgeschwächt, dass die im September 2006 bei Amaranth Advisors aufgetretenen finanziellen Schwierigkeiten kaum nennenswerte Folgewirkungen an den Märkten hatten. Im Euro-Währungsgebiet seien die Bedingungen für die Mittelbeschaffung an den Kredit- und Aktienmärkten günstig geblieben; es sei zu einer weiteren breit angelegten Stärkung der Ertragslage der Banken gekommen, und die Bilanzen der Versicherungsgesellschaften hätten sich anhaltend verbessert. Auch die wichtigsten Finanzmarktinfrastrukturen – darunter Zahlungsverkehrssysteme wie Target sowie die Wertpapierverrechnungs- und Abwick-

lungssysteme – seien robust geblieben, und ihr Betrieb sei nach wie vor reibungslos verlaufen.

Allerdings bestanden in diesem Zeitraum aus Sicht der EZB verschiedene potenzielle Risikoquellen und Schwachstellen für die Stabilität der Finanzmärkte im Euroraum fort, andere gewannen an Bedeutung oder ergaben sich neu. Insoweit an einigen Finanzmärkten im Eurogebiet und weltweit zu niedrige Langfristzinsen und Risikoprämien vorherrschten, könnten die Vermögenspreise anfällig für verschiedene potenzielle Störungen sein, durch die sich die Risiken der Banken über das Normalmaß hinaus erhöhen könnten. Dies wäre insbesondere dann gegeben, wenn die Fähigkeit ihrer Geschäftspartner, Verluste aufzufangen, aufgrund der Marktlage nachließe. Auch das Ausmaß des Kreditrisikotransfers zu Stellen außerhalb des Bankensystems hat laut Bericht zunehmend Anlass zu Besorgnis gegeben.

Was Risikoquellen und Schwachstellen angeht, deren Ursache außerhalb des Eurogebiets zu sehen sind, so gehen laut Bericht von globalen finanziellen Ungleichgewichten großen Umfangs auf mittlere Sicht weltweit Risiken für die Stabilität von Finanzsystemen aus, obwohl das Weltwirtschaftswachstum etwas ausgewogener geworden sei und die Ölpreise in letzter Zeit nachgegeben hätten. Im Euroraum gelte es in nächster Zeit, die in einigen Teilen des Unternehmenssektors wieder rasch ansteigende Fremdfinanzierung (die teilweise durch eine starke Zunahme der kreditfinanzierten, mit Hilfe von Private-Equity-Fonds ermöglichten Unternehmensübernahmen ausgelöst worden sei) sowie die höheren finanziellen Ungleichgewichte im Sektor der privaten Haushalte genau zu beobachten.

In näherer Zukunft, so der Bericht, könnte die Dauerhaftigkeit der momentan sehr hohen Ertragskraft des Bankensektors im Euro-Währungsgebiet auf die Probe gestellt werden. In den letzten Jahren konnten die Großbanken des Euroraums dem Bericht zufolge ihre Ertragslage in einem schwierigen Geschäftsumfeld, das von einer sich abflachenden Renditestrukturkurve, schrumpfenden Margen und scharfem Wettbewerb gekennzeichnet war, verbessern. Gleichzeitig sei die Eigenkapitalausstattung der betroffenen Banken recht gut geblieben. Allerdings bestünden dahinge-

hend einige Bedenken, dass der intensive Wettbewerb die Banken zu einer Lockerung ihrer Kreditrichtlinien veranlassen könnte, sodass eine erhöhte Gefahr von Kreditausfällen bestehen könnte.

Zwar dürften laut Bericht die unmittelbaren Marktrisiken die Großbanken im Euro-Raum nicht vor größere Probleme stellen, doch könnten sich für die Banken Risiken aus anderen marktbezogenen Aktivitäten sowie in Form von Geschäftspartnerrisiken gegenüber nichtfinanziellen Unternehmen wie auch Finanzunternehmen außerhalb des Bankensektors ergeben, deren Risikomanagement möglicherweise weniger ausgefeilt sei.

Insgesamt werden die Bedingungen für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet im Kern nach wie vor als günstig eingestuft, doch wird kein Anlass gesehen, mit dem Status quo zufrieden zu sein, da verschiedene Risikoquellen und Schwachstellen zu erkennen seien. Positiv hervorgehoben wird, dass die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems erneut dadurch unter Beweis gestellt wurde, dass es in den vergangenen sechs Monaten Störungen problemlos auffangen konnte. Darüber hinaus vollziehe sich das Weltwirtschaftswachstum zunehmend ausgewogener, der allmähliche Übergang zu einer weniger akkommodierenden Geldpolitik gehe rei-

nungslos vonstatten, und die Bonität der wichtigsten Geschäftspartner von Banken, nämlich der Privathaushalte und Unternehmen, bleibe insgesamt hoch.

Zudem wird die Ertragslage der Großbanken im Euroraum als sehr gut eingestuft, ihr Solvabilitätskoeffizient liege deutlich über den Mindestanforderungen, und ihr Risikomanagement verbessere sich weiter. Allerdings ergebe sich aus den großen globalen Ungleichgewichten nach wie vor eine Risikoquelle für die mittelfristige Finanzstabilität. An den Finanzmärkten des Euroraums und weltweit sind laut Bericht die langfristigen Renditen und Zinsspreads nach wie vor sehr niedrig und damit anfällig für Risikoneubewertungen. Gleichzeitig könnten sich große, wenngleich sehr schwer quantifizierbare Risiken im Zusammenhang mit den Märkten für Kreditrisikotransfer ergeben, an denen zunehmend Hedgefonds tätig sind.

Darüber hinaus werde in einigen Teilen des Unternehmenssektors wieder verstärkt auf die Fremdfinanzierung zugegriffen, wofür teilweise eine merklich erhöhte kreditfinanzierte Übernahmeaktivität (Leveraged Buy-Outs) verantwortlich sei. Auch die finanziellen Ungleichgewichte im Sektor der Privathaushalte nehmen laut Bericht weiter zu; in einigen Ländern seien sie besonders stark ausgeprägt.

Eurosystem zu „Sepa für Karten“

Die Europäische Zentralbank hat Ende November 2006 einen Bericht mit dem Titel „The Eurosystem's View of a „Sepa for Cards““ veröffentlicht. In diesem Bericht äußert sich der EZB-Rat zu einigen kritischen Punkten, die die Migration von Kartensystemen zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area, Sepa) betreffen, und macht gleichzeitig den Markt auf einige Entwicklungen aufmerksam, die für die Bürger Europas nachteilig sein könnten.

Die Migration zum Sepa setzt voraus, dass Kartensysteme und Bankensektoren eine Entscheidung hinsichtlich ihrer strategischen Positionierung innerhalb des Sepa treffen und anschließend ihre Geschäftspläne erarbeiten. Die Herausforderung bei der Umsetzung besteht darin, einen erfolgreichen Übergang zu einem stärker integrierten Markt zu erreichen und gleichzeitig die Effizienz und niedrigen Gebührenstrukturen der bestehenden nationalen Kartensysteme in Europa beizubehalten.

Der Bericht stellt eine Reihe politischer Bestimmungen klar, deren Ziel es ist zu gewährleisten, dass die Migration zum Sepa nicht zu einer Verschlechterung der Bedingungen für Karteninhaber und Händler führt. Zu diesem Zweck muss aus Sicht der Zentralbank jedes Kartensystem eine mittel- bis langfristige Strategie, die den Zielen des Sepa entspricht, festlegen und öffentlich bekannt geben, die Vertraulichkeit personenbezogener Daten schützen und zum Entwurf von Standards beitragen, verbunden mit einer deutlichen Verpflichtung, diese rechtzeitig umzusetzen; außerdem muss jedes System eine Strategie zur Verringerung von Betrug – insbesondere von grenzüberschreitendem Betrug – vorweisen und zur Förderung des Wettbewerbs beitragen.

In diesem Zusammenhang werden in dem Bericht besonders die Wettbewerbsbehörden aufgefordert, harmonisierte Regeln in Bezug auf Verrechnungsgebühren zu definieren. Das Eurosystem will den Inhalt dieses Fortschrittsberichts mit den maßgeblichen Beteiligten erörtern und die Entwicklung des Kartensektors in Europa beobachten.